

Heike Holbig

Dreißig Jahre China-Analyse

Ein Streifzug durch die Zeitschrift *China aktuell*

Gliederung

China aktuell durch drei Dekaden

Das frühe Bild der Volksrepublik in der westdeutschen Öffentlichkeit

1972: Die Gründung von *China aktuell* im Kontext der Kulturrevolution

1982: Zögerlicher Beginn einer neuen Ära

1992: Routine im Zeichen eines neuen Aufbruchs

2002: Informationsrevolution als Gewinn oder Bürde?

China aktuell durch drei Dekaden

Es war durchaus kein historischer Zufall, dass die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China in das selbe Jahr fiel wie die Gründung der Zeitschrift *China aktuell*. Rund sieben Monate, nachdem im März 1972 die erste Ausgabe der Monatszeitschrift des Hamburger Instituts für Asienkunde in Druck gegangen war, unterzeichneten die Außenminister der beiden Länder am 11. Oktober 1972 das „Gemeinsame Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Peking“. Diese enge zeitliche Nachbarschaft war nicht etwa, wie man nun vermuten könnte, auf eine „Geheimachse“ Bonn – Beijing – Hamburg zurückzuführen. Sie lässt sich vielmehr vor dem Hintergrund jener allgemeinen Aufbruchstimmung in den Beziehungen zwischen der Volksrepublik und den westlichen Staaten erklären, die durch die Begegnung des US-amerikanischen Präsidenten Nixon mit dem „Großen Vorsitzenden“ Mao im Februar 1972 unvermittelt entstanden war.

Inzwischen hat die Zeitschrift *China aktuell* die deutsch-chinesischen Beziehungen über dreißig Jahre hinweg mit kritischer Analyse begleitet. Der doppelte Geburtstag gibt Anlass, die Geschichte dieser Zeitschrift, die das Chinabild im deutschsprachigen Raum doch zu keinem geringen Anteil mitgeprägt haben dürfte, Revue passieren zu lassen. Im folgenden Beitrag soll daher ein Rückblick auf das Selbstverständnis und die Ziele, auf die verfügbaren Quellenmaterialien, die sich daraus ergebenden Untersuchungsmethoden und Forschungsthemen der Zeitschrift sowie schließlich auf das in *China aktuell* damit transportierte Chinabild geworfen werden.

Um die beträchtliche zeitliche Erstreckung von dreißig Jahren zu bewältigen, sind mehrere „Zeitschnitte“ nötig. Bewusst verzichtet wird dabei auf die nahe liegende Gliederung gemäß der historischen Zäsuren der Jahre 1978 (Ende der Nachwirren der „Kulturrevolution“, Beginn der Reformperiode) und 1989 (politische, gesellschaftliche und außenwirtschaftliche Krise im Gefolge der gewaltsamen Niederschlagung der Protestbewegung im Juni 1989) – eine Gliederung, die sich eher für eine Analyse der politischen Geschichte der Volksrepublik oder auch der deutsch-chinesischen Beziehungen eignen würde. Um die Kontinuität der „Institution“ *China aktuell* und den Wandel in dieser Kontinuität herauszuarbeiten, werde ich vielmehr einen Dekadenrhythmus wählen und mich auf die Jahre 1972, 1982, 1992 und 2002 konzentrieren. Dieses gewissermaßen „mechanische“ Vorgehen soll einen repräsentativen Einblick in den institutionellen Alltag der Zeitschrift ermöglichen, wie er aus den sich verändernden Materiallagen und Erkenntnismöglichkeiten und freilich auch unter dem Eindruck der jeweiligen historischen Zäsuren resultierte.

Als vorläufige These wäre zu formulieren, dass die vollständige Umkehr der Materiallage, die sich zwischen 1972 – einer Zeit höchst rarer und kostbarer China-Informationen aus erster Hand – und heute – da das Internet Unmengen anonymer China-Nachrichten auf die Bildschirme schwenmt – ereignet hat, die Arbeitsweisen und Analysemethoden stark verändert hat. Dennoch ist die Funktion der Zeitschrift *China aktuell* im Kern gleich geblieben, an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medienöffentlichkeit im deutschsprachigen Raum eine systematische, kontinuierliche differenzierte Analyse des gegenwärtigen China anzubieten und damit zwischen den Extremen der China-Euphorie und des China-bashing zu vermitteln, wie sie sich im Verlauf der letzten dreißig Jahre abgewechselt haben.

Das frühe Bild der Volksrepublik in der westdeutschen Öffentlichkeit

Seit der Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 galt „Rotchina“ in der westdeutschen Öffentlichkeit als „Anhängsel“, wenn nicht gar Erfüllungsgehilfe des „sowjetischen Blocks“. Die Wahrnehmung des im wörtlichen Sinn „fern“-östlichen Staates wurde vor allem durch die Beschwörung gigantischer Menschenmassen geprägt, eines Riesenheers „blauer Ameisen“, die unter kommunistischer Führung drohten, die westliche Welt heimzusuchen. Die Berichterstattung über den Koreakrieg trug dazu dabei, dieses Bild der „gelben Gefahr“ zu festigen, das sich in immer neuen Buchtiteln wie *Land der 500 Millionen, ... 600 Millionen, ... 700 Millionen, ... 800 Millionen* niederschlug.¹ Der Kalte Krieg, der die internationale Aufmerksamkeit beinahe vollständig auf den Konflikt zwischen den USA und der UdSSR konzentrierte, ließ die Volksrepublik

¹Bekannte Autoren waren damals etwa Klaus Mehnert (*Peking und Moskau*, 1962) und Harry Hamm (*Das Reich der 700 Millionen*, 1965). Wissenschaftlich anspruchsvoller war das Werk des Sinopolitologen Gottfried-Karl Kindermann (*Konfuzianismus, Sunyatseismus und chinesischer Kommunismus*, 1962), das von Sinologen allerdings wenig beachtet wurde.

noch mehr in den Schatten der Sowjetunion rücken. Dies galt besonders für die Bundesrepublik, deren Aufmerksamkeit sich vor dem Hintergrund des geteilten Deutschland sehr stark auf die Sowjetunion konzentrierte. Während die DDR bereits seit den frühen 1950er Jahren offizielle diplomatische Kontakte mit der Volksrepublik pflegte, bestanden zwischen der Bundesrepublik und China nur sehr sporadische und oberflächliche Kontakte. Das öffentliche Interesse an dem Land wurde, wenn überhaupt vorhanden, durch die machtpolitischen Konstellationen des Ost-West-Konflikts geformt.

Zwei Zitate aus westdeutschen Schulbüchern der 1960er Jahre mögen das verbreitete Zerrbild belegen, das auch dann noch fortbestand, nachdem es 1960 zwischen den beiden kommunistischen Staaten bereits zum Bruch gekommen war.

Drohend im Hintergrund steht das kommunistische China, mit weit über 600 Millionen Menschen der volkreichste Staat der Welt. Jährlich nimmt die Bevölkerung des Riesenreiches um etwa 15 Millionen Menschen zu. Mit aller Energie setzen sich seine Führer für eine gewaltsame Ausbreitung des Kommunismus ein, während der Kreml der Auffassung zu sein scheint, daß eine Welt diktatur des Proletariats in absehbarer Zeit auch ohne Krieg erreicht werden kann.²

Weder erlaubten die damals verfügbaren Schriften einen substanziellen Einblick in die komplexen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und China, noch in die politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Realitäten der Volksrepublik, abgesehen von einer schon zu Lebzeiten legendenhaften Aufbereitung der Gestalt Mao Zedongs:

Mao Tse-tung, der Herr über 750 Millionen Chinesen, der Mann im taubengrauen, hochgeschlossenen Waffenrock, Buddha und Dschingis-Khan in einer Person, fühlt sich als Führer im Aufstand der gelben Massen gegen die Weißen, der Habenichtse gegen die Satten. Er kommandiert mit eiserner Faust das willenlose 'Heer der blauen Ameisen'.³

Bezeichnend für die relative Unterbelichtung Chinas während der ersten Dekaden der Volksrepublik ist auch die Tatsache, dass die Berichterstattung über China in den westdeutschen Medien von so genannten „Ost-Korrespondenten“ bzw. „Ost-Experten“ geleistet wurde, die außer ihrer (Haupt-)Beschäftigung mit der Sowjetunion und Zentralasien „nebenbei“ auch noch China betreuten, ein Land, für das es mangels eines tiefer gehenden Allgemeininteresses nicht nötig schien, spezifische Sprach- und Landeskenntnisse aufzuwenden.⁴

Die Situation wandelte sich erst in den späten 1960er Jahren, als in der westdeutschen Öffentlichkeit plötzlich eine Neugier erwachte, mehr über das unbekannt China zu erfahren. Dazu trug zum einen die inzwischen offen

vollzogene ideologische und bündnispolitische Distanzierung der Volksrepublik von der Sowjetunion in den Jahren 1963/64 bei, die China aus der Perspektive des westdeutschen Eigeninteresses als möglichen „antisowjetischen Baustein“ erscheinen ließ, der eine intensivere Beschäftigung in seinem eigenen Recht verdiente.

Eine noch stärkere „Öffentlichkeitswirkung“ entfaltete allerdings die im August 1966 ausgerufene „Große Proletarische Kulturrevolution“. Für die Generation der „Achtundsechziger“ lieferte dieses Ereignis die Inspiration für ein Gegenbild zur entfremdeten kapitalistischen Konsumgesellschaft des Westens, das an die Stelle des Chinabildes des Kalten Krieges gesetzt wurde. Zunächst wurde im provokativen Stil der antiautoritären Protestbewegung mit den Ikonen der Kulturrevolution gespielt, später im Glauben an die revolutionäre Kraft des Marxismus-Leninismus der gewaltsame politische und gesellschaftliche Wandlungsprozess der Kulturrevolution idealisiert. In beiden Phasen hatte das in der Bundesrepublik und anderen westlichen Staaten projizierte Chinabild nur sehr oberflächlich mit der Realität der chinesischen Kulturrevolution zu tun, für die man sich erst Jahre später zu interessieren begann. Die Umdeutung der damaligen Ideen und politischen Praktiken Mao Zedongs zur konkreten Utopie des „Maoismus“ ist damit vor allem vor dem Hintergrund der sozialen und psychologischen Befindlichkeit eines Teils der intellektuellen Nachkriegsgeneration zu begreifen. Als ein positives Resultat der Protestbewegung von 1968 kann immerhin festgehalten werden, dass sich in ihrem Gefolge die Beschäftigung mit dem China der Gegenwart und die Analyse gesellschaftlich relevanter Themen als ein wichtiger Strang innerhalb der Sinologie durchgesetzt hat.⁵

Der breiteren Öffentlichkeit führte die „Kulturrevolution“ vor allem vor Augen, wie wenig sie eigentlich über China wusste, das sowohl rätselhaft wie auch unberechenbar erschien – ein Defizit, das durch die außenpolitische und nachrichtentechnische Abschottung der Volksrepublik während der Kulturrevolution nun noch verschärft wahrgenommen wurde. Insbesondere in der Politik, dem Wissenschaftsrat und der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die bereits seit längeren Jahren eine Modernisierung der Chinawissenschaften gefordert hatten, wuchs das Interesse an gegenwartsbezogener Chinaexpertise seit 1966 stark an.⁶

Zu einer richtiggehenden „Aufbruchstimmung“ in den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und China kam es bekanntlich seit Beginn der 1970er Jahre, nachdem Lin Biao im Jahr 1971 ausgeschaltet worden und die faktische politische Führungsmacht auf Zhou Enlai übergegangen war. Der Beitritt der Volksrepublik zur UNO und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unter anderem zu Österreich, Belgien und Island in diesem Jahr signa-

⁵Eine nüchterne Analyse des Chinabildes der Generation der „Achtundsechziger“ findet sich in: Kühner, Hans, „Die Protestbewegung von 1969, der Maoismus und die westdeutsche Sinologie“, in: Martin, Helmut, Hammer, Christiane (Hrsg.), *Chinawissenschaften – Deutschsprachige Entwicklungen. Geschichte, Personen, Perspektiven*, (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde No.303), Hamburg, 1999, S.294-313.

⁶Vgl. Machetzki, Rüdiger, „Das Chinabild der Deutschen“, in: ders., (Hrsg.), *ibid.*, S.3-12; Schütte, Hans-Wilm, *Die Asienwissenschaften in Deutschland. Geschichte, Stand und Perspektiven*, (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Nr.353), Hamburg, 2002, S.217.

²Steinbügl, Eduard, *Geschichte der neuesten Zeit für Mittelschulen und Realschulen*, München, 1962, S.136; zitiert nach Machetzki, Rüdiger, „China im deutschen Schulunterricht“, in: ders. (Hrsg.), *Deutsch-chinesische Beziehungen. Ein Handbuch*, Hamburg: Institut für Asienkunde, 1982, S.32-36, hier S.34.

³Heinz Beckert, *Staatsbürger von morgen. Eine Gemeinschaftskunde für junge Menschen*, Bad Homburg/Berlin/Zürich, 1965, S.230, zitiert nach Machetzki, *ibid.*, S.34.

⁴Mündliche Information von Oskar Weggel, 5.9.2002.

lisierte eine erneute internationale Öffnung Chinas. Die Schranken brachen endgültig, als nach einer kurzen Phase sino-amerikanischer Geheimdiplomatie US-Präsident Nixon im Februar 1972 der Volksrepublik einen Besuch abstattete – ein Ereignis, das in den internationalen Beziehungen Chinas eine neue Zeitrechnung zu markieren schien. Im deutschen Fernsehen wurde die Chinareise Nixons ausführlich dokumentiert, für die breite Öffentlichkeit eine unvermittelte Gelegenheit, Eindrücke vom politischen und gesellschaftlichen Leben des unbekanntes Reiches zu erhaschen.

Der Grad der „Vertrautheit“ der bundesdeutschen Bevölkerung mit China stieg in den folgenden Monaten im Zuge der deutsch-chinesischen Annäherung rapide an. Zunächst bereiste im Juli 1972 Gerhard Schröder, damaliger CDU-Parteivorsitzender und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, als „Eisbrecher“ in den bilateralen Beziehungen die Volksrepublik. Im Herbst folgte der offizielle Besuch des Außenministers Walter Scheel, der gemeinsam mit seinem chinesischen Kollegen Ji Pengfei am 11. Oktober 1972 das Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Beijing unterzeichnete. In den Folgejahren wurden alle Besuche deutscher Vertreter in China (u.a. Kohl, Strauß, Dregger, von Dohnanyi, Matthöfer u.v.a.) von der westdeutschen Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit registriert. Die Berichte über die vielfältigen Chinabesuche, die die verschiedenen deutschen Politiker durchaus zu ihrer eigenen Profilierung zu nutzen wussten, wurde im deutschen Fernsehen zu den besten Sendezeiten ausgestrahlt. Dennoch blieb das hier vermittelte Bild Chinas im Wesentlichen auf Aufnahmen der Politprominenz des Landes (in der immer gleichen frontal zur Kamera ausgerichteten Sitzordnung) und auf die touristischen Attraktionen in und um Beijing beschränkt.⁷

1972: Die Gründung von *China aktuell* im Kontext der Kulturrevolution

In das Jahr 1972, das Jahr des „Aufbruchs“ in den deutsch-chinesischen Beziehungen, fiel auch die Gründung der Monatszeitschrift *China aktuell* am Institut für Asienkunde in Hamburg. Die Herausgabe einer Zeitschrift, in der Gegenwartsprobleme der Länder Asiens untersucht und aktuelle Fragen erörtert werden sollten, war bereits im offiziellen Aufgabenkatalog des Instituts von 1957 benannt worden, das damals auf Initiative des Deutschen Bundestages und des Auswärtigen Amtes als eine Stiftung bürgerlichen Rechts ins Leben gerufen worden war. Mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen hatten die Publikation eines regelmäßig erscheinenden Organs allerdings zunächst nicht erlaubt. Erst seit Mitte der 1960er Jahre, als das Auswärtige Amt seine Mittel ganz erheblich aufstockte, die Freie und Hansestadt Hamburg zusätzliche Gelder bereitstellte und außerdem die Stiftung Volkswagenwerk

sowie die amerikanische Ford Foundation dem Institut für Asienkunde ihre finanzielle Unterstützung angeheißen ließen, konnte ein halbes Dutzend weiterer Mitarbeiterstellen geschaffen werden. Mit der personellen Verstärkung wurde der Schwerpunkt in der Arbeit des Instituts auf China gelegt, eine Wahl, die nicht programmatisch vorgegeben gewesen war, sondern sich vielmehr aus der Tatsache ergeben hatte, dass die Volksrepublik die „größte Unbekannte im sozialistischen Lager“⁸ war. Wie dargestellt, war der Bedarf nach Chinaexpertise insbesondere seit dem Beginn der „Kulturrevolution“ erheblich gestiegen. Dazu kam die Erkenntnis, dass für ein Verständnis der Vorgänge in diesem Land spezifische Sprach- und Landeskenntnisse vonnöten seien. Mit einer nun konsolidierten personellen und finanziellen Ausstattung war das Institut für Asienkunde, das auf diesen aktuellen Bedarf reagierte, damals die einzige reine Forschungseinrichtung in der Bundesrepublik, die sich gezielt der Erforschung des gegenwärtigen China in einem umfassenden Ansatz widmete.⁹

Nach einer kurzen Experimentierphase mit einer Vorläuferschrift, dem *China Bulletin*, das Ende 1970 mit einer einzigen Nummer erschien und noch keinen Anspruch auf eine feste Periodizität stellte, entschlossen sich die damaligen Mitarbeiter des Instituts für Asienkunde zu Beginn des Jahres 1972 zur Publikation einer Monatszeitschrift. Wie der Titel *China aktuell* kundtat, sahen die Herausgeber und Autoren der Zeitschrift ihre Aufgabe darin, regelmäßig über die aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Situation in der VR China zu berichten. Ziel war es, statt punktueller Momentaufnahmen eine übergreifende, systematische Bestandsaufnahme aktueller Entwicklungen Chinas zu leisten und im Zeitverlauf wichtige Veränderungen analytisch angemessen aufzubereiten. Damit wollte man sich sowohl von der vorrangig philologischen und kulturhistorischen Beschäftigung mit China abgrenzen, wie sie von der damals noch stark klassisch ausgerichteten Sinologie gepflegt wurde, als auch von der stark modellgeleiteten Auseinandersetzung mit der Volksrepublik in den angelsächsischen Chinawissenschaften, die vom Totalitarismusansatz dominiert waren.

Seit März 1972, als die erste Ausgabe von *China aktuell* in einer Auflage von rund zweihundert Exemplaren herausgegeben wurde, ist die Monatszeitschrift mittlerweile über dreißig Jahre lang regelmäßig erschienen, mittlerweile mit einer Auflage von rund 1.500. Auf den mit Schreibmaschine beschriebenen 19 DIN A4-Seiten des ersten Heftes, das den Berichtszeitraum Februar 1972 abdeckte, finden sich knappe Übersichtsdarstellungen der wichtigsten außen- und innenpolitischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ereignisse im zurückliegenden Monat, ferner sechs „Themen des Monats“, die sich etwa mit dem Chinabesuch Nixons, den Beziehungen zwischen Partei, Armee und Volksmassen, den neuesten Daten der chinesischen Wirtschaft befassten. Für China-Beobachter besonders wertvoll sollten sich aber auch die verschiedenen Sparten der Dokumentation erweisen, in denen von der

⁸So Schütte, *ibid.*, S.181.

⁹Aktuelle Entwicklungen in China, beschränkt allerdings auf politologische Themen, wurden außerdem an der 1967 geschaffenen universitären „Arbeitsstelle Politik Chinas und Ostasiens“ im Rahmen des Otto-Suhr-Instituts der Freien Universität Berlin verfolgt. Maßstäbe setzte hier Jürgen Domes, der Leiter der Arbeitsstelle, mit seinen Büchern *Vertragte Revolution* (1969) und vor allem *Die Ära Mao Tse-tung* (1971).

⁷Weggel, Oskar, „Die Bundesrepublik Deutschland und die Volksrepublik China: Der Lange Weg zur Normalisierung“, in: Machetzki (Hrsg.), *ibid.*, S.121-144, hier: S.126-131; Machetzki, Rüdiger, „Geschichte und Gegenwart der Kulturbeziehungen“, in: *ibid.*, (Hrsg.), *ibid.*, S.207-248, hier: S.212.

ersten Ausgabe an Aktivitäten hoher Politiker, wichtige Abkommen und Communiqués, Listen der jüngsten Delegationsreisen und Personalien (mit damals noch liebevoll von Hand geschriebenen chinesischen Zeichen) sowie andere aktuelle Daten in Tabellenform systematisch aufbereitet wurden. Als bezeichnend für den kollektiven Arbeitseifer mag die Tatsache gedeutet werden, dass in den ersten Heften auf eine namentliche Kennzeichnung der Autorschaft der zahlreichen Beiträge verzichtet wurde – erst im Laufe des Jahres etablierten sich Kürzel für die verschiedenen Mitarbeiter.¹⁰

Im Vergleich zur heutigen Situation fällt bei einer Durchsicht der frühesten Ausgaben von *China aktuell* vor allem die äußerst begrenzte Quellenlage ins Auge, die allerdings durch eine umso sorgfältigere Aufbereitung der wenigen erhältlichen Informationen aufgewogen wurde.

Reisen in die Volksrepublik waren in den frühen Jahren kaum möglich – die meisten Studenten der Sinologie wichen damals notgedrungen oder auch freiwillig nach Taiwan oder in andere chinesischsprachige Enklaven Asiens aus.¹¹ Aber auch schriftliche Materialien standen nur sehr begrenzt zur Verfügung. Bedingt durch die internationale Isolation der VR China, waren im Ausland nur einige wenige Organe erhältlich, die als propagandistische Sprachrohre die offizielle Linie der Kommunistischen Partei vertraten, so die *Volkszeitung* (*Renmin Ribao*), das parteitheoretische Organ *Rote Fahne* (*Hongqi*) sowie die für ein westliches Publikum vorgefertigten Publikationen der in London ansässigen Xinhua-Nachrichtenagentur. Ergänzt wurden diese volksrepublikanischen Medien durch englischsprachige Nachrichtendienste wie Summary of World Broadcast der BBC und Foreign Broadcast Information Service aus den USA, die eine Auswahl englischsprachiger Übersetzungen von einzelnen, als politisch besonders relevant erachteten Beiträgen der innerchinesischen Medien boten. Von einigen „internen“ Quellen der Volksrepublik – wie *Cankao Xiaoxi* und *Cankao Ziliao*, zu Deutsch „Referenznachrichten“ und „Referenzmaterialien“ – wusste man zwar, dass sie existierten, doch hatte man sie nie zu Gesicht bekommen.¹²

Um die verfügbaren, zumeist hochgradig ideologisch eingefärbten und inhaltlich äußerst blassen volksrepublikanischen Medien zu deuten und die berühmten Botschaften „zwischen den Zeilen“ zu entschlüsseln, erwiesen sich Hongkonger und taiwanesischen Quellen als von herausragender Bedeutung. Allen voran stellte die von dem aus China vertriebenen Jesuiten-Pater Ladany herausgegebene Wochenzeitschrift *China News Analysis*, die auf der Basis der in Hongkong erhältlichen Insiderinformationen und mit großer Sachkenntnis jeweils aktuelle Kernthemen recherchierte, die „Leib- und Magenlektüre“ der damaligen China-Watcher dar. Auch andere Publikationen wie die vom US-amerikanischen Generalkonsulat in Hongkong herausgegebenen Zeitschriften *Survey of China Mainland Press*, *Survey of Mainland Magazines* und *Current Background* waren eine wertvolle Hilfe beim Aufspüren wich-

tiger Ereignisse und Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben der VR China.

Als unverzichtbare Informationsquelle dienten aber vor allem auch einige taiwanesischen Publikationen, insbesondere die Zeitschriften des Instituts für Internationale Beziehungen (*Guoji guanxi yanjiusuo*) an der staatlichen Zhengzhi-Universität und der „Gesellschaft für die Erforschung des Sinokommunismus“¹³ (*Zhonggong yanjiushe*). Der besonderen politischen Befindlichkeit der Guomindang-Regierung auf Taiwan entsprechend setzten sich diese beiden Ende der 1950er bzw. Anfang der 1960er Jahre gegründeten Forschungseinrichtungen auf der Grundlage offenbar sehr großzügiger personeller und finanzieller Ressourcen intensiv mit den Zuständen auf dem Festland auseinander. Noch zu Anfang der 1970er Jahre waren die Publikationen dieser Institutionen allerdings von einem Vokabular des Antikommunismus geprägt, das für westliche Leser schwer zu verdauen war. Zeitschriftentitel wie etwa *Feiqing yuebao* oder *Feiqing yanjiu* – zu Deutsch „Monatszeitschrift über die räuberischen Angelegenheiten“ bzw. „Erforschung der räuberischen Angelegenheiten“, gemeint waren die neuesten Aktivitäten der kommunistischen Führung in Beijing – geben einen Eindruck des feindseligen Sprachgebrauchs, der sich in vielen Details fortsetzte und die Solidität der transportierten Informationen zunächst anzweifeln ließ. Dennoch waren die Beiträge der beiden genannten Publikationen ebenso wie die der chinesischsprachigen Zeitschrift *Wenti yu yanjiu* („Probleme und Studien“) und der des englischsprachigen Organs *Issues and Studies* von unschätzbarem Wert, da sie mit teilweise seismographischer Präzision auf wichtige interne Entwicklungen der parteistaatlichen Führung des Festlands hinwiesen und sich immer wieder als Fundgrube für offiziell nicht zugängliche KP-Dokumente erwiesen.¹⁴

Die Lektüre des ersten Jahrgangs von *China aktuell* aus heutiger Sicht zeigt auf, wie akribisch, ja teilweise detektivisch die begrenzt verfügbaren Materialien damals ausgewertet wurden. Allein die regelmäßige Aktualisierung der Daten zur personellen Besetzung hochrangiger Partei-, Regierungs- und Militärämter, die seit 1965 kaum mehr offiziell bekannt gegeben wurden, verlangte eine äußerst aufwendige Sichtung chinesischsprachiger Zeitungen. So formulierte Wolfgang Bartke im April 1972 einige „Einsichten in die Werkstatt der 'China-watchers'“:

Umbesetzungen können [...] tatsächlich nur aus einer konsequenten Analyse der chinesischen Presse ermittelt werden, die dem Beobachter der chinesischen Szene insofern entgegenkommt, als sie beim Nennen eines Namens jeweils auch den betreffenden Posten angibt. Hierzu ist die Sichtung von täglich rund 50 Seiten chinesischen Originalmaterials erforderlich und dessen Auswertung in personeller und organisatorischer Hinsicht. Bei dieser [angesichts der] Lage der Dinge einzig möglichen Verfahrensweise, die chinesische Führung zu erfassen, ist vorab auf einen Unsicherheitsfaktor hinzuweisen: Da personelle Umbesetzungen nur aus Textzusammenhängen entnommen werden können, ist

¹⁰-we- für Oskar Weggel, -wb- für Wolfgang Bartke, -ma- für Helmut Martin, -ni- für Yu-hsi Nieh und -yu- für C.L. Yu waren im ersten Jahr die am häufigsten vertretenen Kürzel.

¹¹Martin, Helmut, „Vorwort“, in: Martin, Helmut, Hammer, Christiane (Hrsg.), *ibid.*, S.8.

¹²Vgl. etwa die Beiträge C.a., Juli 1972, S.39, August 1972, S.22/23.

¹³Ich übernehme hier die von Oskar Weggel gewählte nicht wörtliche Übersetzung.

¹⁴Mündliche Informationen von Oskar Weggel vom 5.9.2002; ders., *Die Geschichte Taiwans*, Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1991, S.162-164; eine Übersicht über die in *China aktuell* regelmäßig verwendeten Quellen findet sich erstmals auf der Titelseite der Ausgabe Juni 1972.

nicht nur der Zeitpunkt des ersten Erkennens wichtig, sondern auch das Registrieren der Aktivitäten auf den betreffenden Posten hinfort. Sobald bei diesen Aktivitäten eine Pause eintritt, muß die betreffende Postenbesetzung in Frage gestellt und mit einer möglichen Absetzung gerechnet werden, die freilich erst gesichert ist, wenn auf dem alten Posten ein neuer Funktionär ermittelt wird. Bei diesem System der Führungsanalyse hat sich folgende Faustregel herauskristallisiert: Je höher der Rang eines Funktionärs, desto geringer die Zeitspanne seines ‚Fehlens‘, die Hinweis für seine Ausschaltung sein kann.¹⁵

Angesichts dieses enormen Rechercheaufwands wird der große Wert der monatlich aktualisierten Dokumentation personeller und institutioneller Veränderungen gerade in den ersten Jahren der Zeitschrift deutlich – die systematische Darstellung dieser Daten wird allerdings noch heute von Chinawissenschaftlern wie Praktikern geschätzt. Auch die aktuelle Veröffentlichung wichtiger Originaltexte und ihrer Übersetzungen, seien es politische Dokumente oder Gesetzestexte, mögen hier Erwähnung finden.¹⁶

Von sorgfältiger Detailanalyse war aber auch die inhaltliche Auseinandersetzung mit den aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Volksrepublik geprägt. Zum einen wurden in *China aktuell* die historisch bedeutsamen außenpolitischen Ereignisse des Jahres 1972 jenseits journalistischer Berichterstattung einer genauen Analyse unterzogen, die vor allem auch den Beweggründen, Strategien und Taktiken auf chinesischer Seite breiten Raum schenkte. Die zahlreichen auf diesem Gebiet bestehenden Ungewissheiten wurden nicht etwa durch pauschale Vermutungen gewegwischt, sondern gewissenhaft abgewogen, wie etwa die Auseinandersetzung mit der Frage zeigte, weshalb mit Gerhard Schröder zunächst ein Oppositionspolitiker nach China eingeladen worden war, oder mit der diplomatisch höchst sensitiven Frage der „Taiwan-Klausel“ Beijings und der „Westberlin-Klausel“ Bonns.¹⁷ Eine 13-seitige Dokumentation deutsch-chinesischer Beziehungen im Juli 1972 – also drei Monate vor der tatsächlichen Aufnahme diplomatischer Beziehungen – enthielt unter anderem etwa eine detaillierte Bestandsaufnahme chinesischer Presseberichte über die Bundesrepublik Deutschland seit 1969, aus der ein durchaus differenziertes Bild der Wahrnehmung Westdeutschlands in China hervorging.¹⁸

Zum anderen widmeten sich die Mitarbeiter an der Zeitschrift aber auch bereits den weniger prominenten politischen und gesellschaftlichen Prozessen, die erheblich schwerer zu fassen, doch von mindestens ebenso großer Tragweite waren wie die Ereignisse der „high politics“. Beispiele von Themen, denen sich die Autoren im Lauf des Jahres 1972 ausführlicher widmeten, sind der Ausbau der sozialistischen Hochschulen (Februar), die Frauenemanzipation (März), die Schriftreform (April), die Umerziehung der Schuljugend (Mai), die Situation der Intelligenz (Juli), die Entwicklung von Presse und Fernsehen (September), medizinische Dienstleistungen (Oktober), das Verhältnis

zwischen Beijing und den Provinzen (November) oder neueste Reformen im landwirtschaftlichen Verteilungssystem (Dezember). Insbesondere die beiden letztgenannten ausführlichen Beiträge aus der Feder Oskar Weggels sind Beispiele sorgfältiger Recherchen, die nicht nur aktuelle Primärquellen, sondern auch die theoretischen Ansätze der angelsächsischen Literatur zur Kenntnis nahmen, wie sie etwa in den Zeitschriften *Problems of Communism* und *China Quarterly* versammelt waren. Auffällig ist in diesen Beiträgen – gerade angesichts der begrenzten Quellenlage – auch der Spürsinn für die realen Entwicklungen im Graubereich informeller Politik bzw. an der gesellschaftlichen Basis, die sich nachträglich durchaus bestätigen ließen.

Welches Chinabild wurde in der Zeitschrift *China aktuell* damals also vermittelt? Insgesamt könnte man den ersten Jahrgang der Zeitschrift als das Zeugnis einer „konstruktiven Irritation“ im Umgang mit der damaligen politischen Situation in der Volksrepublik bezeichnen, die zwar spätestens seit dem Nixon-Besuch als überraschend neuartig, aber dennoch nach wie vor als äußerst undurchsichtig wahrgenommen wurde. Wie heute aus zeitlichem Abstand klarer zu sehen ist, war das Jahr 1972 von einer anhaltenden Unsicherheit durchzogen, ob die „Große Proletarische Kulturrevolution“, die auf dem IX. Parteitag im Frühjahr 1969 für beendet erklärt worden war, tatsächlich bereits ein Kapitel der Vergangenheit war oder aber in den machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen inner- und außerhalb der Kommunistischen Partei ihre Fortsetzung fand. Die Ausschaltung Lin Biaos im Herbst 1971, deren dunkle Hintergründe erst in der zweiten Jahreshälfte 1972 – und mit erheblichen Verzerrungen der bis heute nicht vollständig aufgeklärten historischen Wahrheit – bekannt wurden, war wohl das gravierendste Beispiel der allgemeinen Irritation westlicher China-Beobachter zu jener Zeit. Aber auch in den Folgejahren flackerte der Widerstand kulturrevolutionärer linker Gruppen gegen Zhou Enlai immer wieder auf, dessen politische Macht damit über Jahre hinaus keineswegs als gesichert gelten konnte. In diesem Kontext anhaltender Verunsicherung muss es als ein wichtiges Verdienst der damaligen Mitarbeiter an *China aktuell* gelten, durch sorgfältige Analyse der wenigen verfügbaren Materialien möglichst solide Informationen zur Verfügung zu stellen, die es den Lesern ermöglichte, ein ansatzweise abgewogenes Bild wenn nicht der chinesischen Realität, so doch der irritierenden Vielfalt chinesischer Realitäten zu gewinnen. Anstelle des dunklen China-Bildes des Kalten Krieges und des strahlenden Kulturrevolutions-Mythos der „Achtundsechziger“ (aus deren Sicht *China aktuell*, wie zu erwarten, als ein hochgradig konservatives, wenn nicht gar reaktionäres Organ galt) trat damit ein differenzierteres und zugleich plastischeres China-Bild, das nicht nur den politischen Auseinandersetzungen, sondern erstmals auch der gesellschaftlichen Wirklichkeit in ihrer Breite Rechnung trug. China erschien darin nicht länger als ein monolithischer „Ausbund“ des Kommunismus oder Fahnenträger der Weltrevolution, sondern als ein teilweise fragiles staatliches Gebilde mit spezifischen Problemen der Organisation gesellschaftlicher Prozesse, der Machtkonkurrenz und des regionalen Eigenlebens.

¹⁵C.a., April 1972, S.13.

¹⁶Ein frühes Beispiel ist der Abdruck der chinesischen und deutschen Fassungen des im Oktober 1972 unterzeichneten Kommunikations- und der offiziellen Ansprachen zu diesem Ereignis; C.a., Oktober 1972, S.47-55.

¹⁷C.a., Juli bis Dezember 1972.

¹⁸C.a., Juli 1972, S.36-39.

1982: Zögerlicher Beginn einer neuen Ära

Ein Dekadensprung bringt uns in das Jahr 1982 und damit in die Frühphase einer neuen Zeitrechnung in der chinesischen Geschichte, die mit dem „3. Plenum des XI. Zentralkomitees der KPCh“ im Dezember 1978 ihren Anfang nahm. Deng Xiaoping hatte sich damals endgültig als Parteichef durchgesetzt und seine politische Programmatik „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“ formuliert, ein Ereignis, das aus heutiger Sicht den Beginn der Reformära markiert. Aus der Perspektive des Jahres 1982 ist es sehr aufschlussreich nachzuvollziehen, in welcher Weise der historische Epochenwandel in dieser frühen Phase in der Zeitschrift *China aktuell* realisiert und verarbeitet worden ist.

Zuerst einmal ist festzustellen, dass sich die Quellensituation seit den späten 1970er Jahren deutlich verbessert hatte. Dazu trug zunächst die Tatsache bei, dass Reisen in die Volksrepublik, die zuvor nur unter sehr schwierigen Bedingungen möglich gewesen waren, seit 1978 erheblich erleichtert waren. Wissenschaftler, die sich über Jahre hinweg nur abstrakt mit China beschäftigt hatten, konnten das Land nun mit eigenen Augen betrachten, eine Gelegenheit, von der gerade in den ersten Jahren der Öffnung reger Gebrauch gemacht wurde. Dazu kam, dass zahlreiche Zeitungen nun ihre Korrespondenten nach Beijing schickten, deren aktuelle Presseberichte nun ebenfalls in großer Vielfalt zur Verfügung standen. Im Vergleich zum Jahr 1972 umfasste die Liste regelmäßiger in *China aktuell* verwendeter Quellen 1982 etwa doppelt so viele Titel, was sich vor allem durch das deutlich breitere Spektrum internationaler Berichterstattung über China erklärte.

Von noch größerer Bedeutung war allerdings eine neue Pressepolitik der chinesischen Regierung, in deren Folge zahlreiche Informationen, die zuvor als „intern“ eingestuft worden waren, nun in den offiziellen Medien bekannt gemacht wurden. Bis heute ist der Mediensektor freilich noch weit von einem westlichen Verständnis von „Pressefreiheit“ entfernt, da nach wie vor zahlreiche „sensitive“ Themen von der Berichterstattung in den chinesischen Medien ausgenommen sind. Dennoch waren im Zuge der damaligen Lockerung der Medienkontrolle der chinesischen Tagespresse nunmehr durchaus substanzielle Informationen zu entnehmen. Außerdem war es möglich, statistische Jahrbücher und Fachmonographien zu erhalten sowie in ökonomischen, juristischen und anderen Zeitschriften (wie etwa *Jingji yanjiu*, *Jingji guanli*, *Faxue yanjiu*, u.v.a.) der Volksrepublik kontroverse Debatten gezielt zu verfolgen, was einen qualitativen Sprung in der China-Analyse ermöglichte. Insgesamt wurde das Format der Zeitschrift mit den Rubriken Übersichten, Themen des Monats und Dokumentationen zwar beibehalten, die einzelnen Themen konnten nun aber auf der Grundlage reichhaltiger Quellen deutlich eingehender behandelt werden, wie sich nicht zuletzt an langen Fußnotenapparaten zeigte. Im Durchschnitt waren die Monatshefte inzwischen auf einen Umfang von rund 65 Seiten angewachsen.

Über die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Untersuchungsgegenstand China im Jahr 1982 lassen sich aus heutiger Sicht verschiedene Beobachtungen anstellen. So

zeigten die Autoren einerseits ein äußerst zuverlässiges „Gespür“ für subtile, richtungweisende Entwicklungen im Bereich des Rechts oder der Eigendynamik gesellschaftlicher Prozesse, die im Kern auf eine stetige Liberalisierung und Befreiung von früheren ideologischen Zwängen und sozialen Kontrollen hinzuweisen schienen. Andererseits kam in manchen Beiträgen aber auch eine unterschwellige Skepsis bezüglich der Unumkehrbarkeit des von Deng Xiaoping initiierten Modernisierungskurses zum Ausdruck, eine Haltung, die angesichts der in westlichen Wirtschaftskreisen damals bereits fast ungebremsten China-Euphorie etwas verwunderlich scheinen mag. Diese auf den ersten Blick vielleicht widersprüchlich erscheinenden Trends sollen im Folgenden näher beleuchtet werden, da auch aus heutiger Sicht lehrreich scheint, wie der Reformprozess aus verschiedenen Blickwinkeln wahrgenommen wurde.

Was den ersten Trend der Wahrnehmung einer breiten ideologischen und gesellschaftlichen Liberalisierung angeht, so waren mehrere Beiträge in diesem Jahr etwa Neuerungen im Rechtsbereich, insbesondere im Zivil- und Strafrecht gewidmet. Dabei wurde nicht nur auf intellektuelle Debatten und juristische Normen, sondern auch auf Fragen der Umsetzung dieser Normen und weiter gehende gesellschaftliche Implikationen eingegangen.¹⁹ Im Januar 1982 befasste sich ein Beitrag von Oskar Weggel mit dem Titel „Die 'stille' Revolution“ auf der Grundlage innerchinesischer Debatten mit dem Wandel der Eigentumsvorstellungen und des Sachenrechts in der Volksrepublik. Die ausführliche Analyse endete in der folgenden Prognose, die angesichts der späteren, wenn auch sehr zögerlichen offiziellen Bekenntnisse zum Privateigentum im sozialistischen China als durchaus hellseherisch gelten kann – wie bekannt, öffnete sich die KPCh erst im Juli 2001 offiziell für Privatunternehmer.

Die [...] vorgebrachten Argumente sollten die Hypothese verdeutlichen, daß die seit nunmehr drei Jahren laufenden Reformen einerseits zu einer strikteren Sozialisierung führen, gleichzeitig aber auch 'Reprivatisierungs'-Tendenzen in sich bergen. Die heutige Führung ist sich der Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen bewußt und hat eine Diskussion eingeleitet, die fast auf den Tag genauso alt ist wie die Reformen selbst. [...] Dieser Wandel in der Grundeinstellung führte dazu, daß heute die Existenz aller drei Arten von Produktionsverhältnissen voll anerkannt wird, nämlich die Wirtschaft im Rahmen von Staats-, Kollektiv- und Individualbetrieben. [...] Das Individualeigentum an Produktionsmitteln kann dem Volkseigentum unter besonderen Umständen sogar 'überlegen' sein! [...] Hier offenbart sich freilich das Grunddilemma: Wenn die 'Fortschrittlichkeit' des Eigentums ausschließlich davon abhängt, ob es im konkreten Produktionszusammenhang besonders hohe Erträge abwirft, so ist allen Erfahrungen nach in den kommenden Jahren damit zu rechnen, daß die Individualwirtschaft allen anderen Sektoren das Nachsehen geben wird.²⁰

Ähnlich „instinktsicher“ untersuchte ein anderer Beitrag desselben Autors im August 1982 die gewandelten Verwaltungsstrukturen an der städtischen und ländlichen

¹⁹So etwa in C.a., Januar 1982, S.15-20; Februar 1982, S.80-92; März 1982, S.133-159.

²⁰C.a., Januar 1982, S.20.

Basis. Noch heute erscheint diese Thematik als durchaus schwierig, da die verfügbaren Informationen umso diffuser werden, je weiter man sich auf der administrativen Stufenleiter nach unten bewegt. Ungeachtet dieser Schwierigkeiten präsentierte der Artikel einen detaillierten und kenntnisreichen Überblick über die damals neu bzw. wieder eingeführten administrativen Strukturen, die gerade auf der untersten Ebene der Selbstverwaltung bis heute äußerst diffizil und Gegenstand immer neuer Experimente sind. Auch hier möge ein Zitat der Illustration dienen:

Betrachtet man die Verwaltungsgeschichte der letzten Jahrzehnte, so wird deutlich, daß die Provinzen und Kreise im chinesischen Denken so stark verfestigt sind, daß selbst auf dem Höhepunkt der Kulturrevolution kein Versuch unternommen wurde, hier einschneidende Veränderungen vorzunehmen. Anders ist es mit [...] der Gemeindeverwaltung – gar nicht zu reden von den unterhalb der Gemeinde angesiedelten 'Selbstverwaltungs'-Organisationen. Hier befindet sich China in einem Dauexperiment. Gerade an der Basis wird deutlich, wie sehr die Volksrepublik immer noch auf der Suche nach einer Lösung ist, bei der sich bald [revolutionäre] Räte-, bald restaurative, bald aber auch traditionelle Elemente in den Vordergrund schieben. Möglicherweise handelt es sich auch bei den neuen Regelungen wieder nur um eine Zwischenstation.²¹

Auch diese Schlussfolgerung erscheint insofern als weitsichtig, als im Zuge des gesellschaftlichen Transformationsprozesses die administrativen Experimente gerade auf den untersten Verwaltungsebenen bis heute anhalten, wobei der grundsätzliche Kontrollanspruch der KPCh freilich nach wie vor aufrechterhalten wird.

Diese Beispiele sollen hier genügen, um zu veranschaulichen, in welcher Breite der graduelle Prozess ideologischer und gesellschaftlicher Liberalisierung in *China aktuell* bereits damals nachvollzogen worden ist. Auf der anderen Seite aber verraten die Beiträge im Jahr 1982 zugleich eine gewisse Skepsis der Autoren, ob denn der Kurs der so genannten „sozialistischen Modernisierung“, den Deng Xiaoping 1978 eingeschlagen hatte, tatsächlich unbeirrt fortgesetzt oder aber nicht doch an inneren Widerständen scheitern würde.

Die Skepsis wird besonders an einer ausführlichen Dokumentation des XII. Parteitags der KPCh im Dezember 1982 deutlich, die Wolfgang Bartke und Peter Schier gemeinsam besorgten. Der Parteitag sollte ursprünglich bereits Ende 1980 stattfinden, war aufgrund parteiinterner Zwistigkeiten aber immer wieder hinausgeschoben worden. Nicht nur für chinesische Parteikader, auch für die Mitarbeiter von *China aktuell* dürfte der Parteitag, als er Ende 1982 endlich stattfand, wie ein Befreiungsschlag gewirkt haben, da zahlreiche wichtige parteipolitische und konstitutionelle Entscheidungen, die ebenfalls über Monate und Jahre hinausgezögert worden waren, nun endlich gefällt wurden. Dennoch, und diese Tatsache scheint bezeichnend für die Wahrnehmung des Reformprozesses in diesen frühen Jahren, war die Sorge vor einer Umkehr des Modernisierungskurses keineswegs gebannt. So skizzierte der Beitrag von Bartke und Schier in Fortsetzung der inraelitären Konflikte seit dem Sturz der Viererban-

de im Jahr 1976 auch die jüngste Phase von 1980 bis Ende 1982 im Licht anhaltender Konflikte zwischen der „Deng-Fraktion“ einerseits und einer „Anti-Reform-Koalition“ aus „Sowjetmodell-Verfechtern“, „Kulturrevolutions-Verlierern“, „zentraler Planungsbürokratie“ und „maoistischer Restfraktion“ andererseits.²² Dazu wurde erläutert:

[...] Die gemäßigten Reformer [wollen] an den Grundpfeilern des bestehenden Systems festhalten, d.h. u.a. an dem politischen und ökonomischen Machtmonopol der Kommunistischen Partei und an dem System der zentralen Planwirtschaft. Letztere soll allerdings durch marktwirtschaftliche Elemente 'ergänzt' werden [...] Die Verfechter des sowjetischen Wirtschaftsmodells [...] wollen demgegenüber wiederum an der vorrangigen Entwicklung der Schwerindustrie und an einer lupenreinen dirigistischen zentralen Planwirtschaft ohne marktwirtschaftliche Elemente festhalten. [...] Mit zunehmender Schwächung der maoistischen Restfraktion auch innerhalb der Armee dürfte der aufgeschobene Streit über die Wirtschaftsreform zwischen der Deng-Fraktion und den Reformgegnern wieder aufleben. Angesichts der institutionellen Macht der reformfeindlichen zentralen Planungsbürokratie und der Armee erscheinen die Erfolgsaussichten der Reformer geringer als die der Verfechter des sowjetischen Wirtschaftsmodells [...].²³

Es mag durchaus sein, dass die hier zum Ausdruck kommende Skepsis schlicht der Nachklang des vor 1978 durchlebten Auf und Ab machtpolitischer Konflikte war, eine Erfahrung, die das Denken in Fraktionen und Elitekonflikten sicher in Fleisch und Blut hat übergehen lassen. Dennoch sollte man sich auch daran erinnern, dass der Reformkurs Deng Xiaopings, der aus heutiger Sicht eine neue Ära eingeleitet hat, in den Anfangsjahren abgesehen von der ideologischen Programmatik keineswegs eine so klare Konzeption und inhaltliche Substanz aufwies. Im Gegenteil wurde die neue Ära zunächst vor allem in negativer Weise als ein „Ende des Chaos“, ein „Abschied vom Klassenkampf“, als eine „Säuberung“ von den kulturrevolutionären Resten empfunden und vermittelt. Ein Artikel in *China aktuell* vom Juni 1979, in dem Helmut Martin die Ereignisse und Implikationen des berühmten 3. Plenums des XI. ZK aufarbeitete, hatte diese Sprache sehr deutlich gesprochen. Er thematisierte nicht etwa die Inhalte der Modernisierungspolitik, sondern handelte das Thema durchgängig unter dem Stichwort der „Entmaoisierung“ ab. Im Fazit formulierte er: „Eine lastende Rückperspektive der Negativstufen für eine Partei, die einen Neuanfang versucht!“²⁴ Die Reform, so vermittelt der Beitrag, besteht nicht so sehr in positiven, zukunftsgerichteten Programmen als vielmehr in der Auslöschung des kulturrevolutionären Erbes.

Im kritischen Rückblick scheint es, dass dieser „negative“ Modus der Wahrnehmung des Modernisierungskurses Dengs Xiaopings in der Zeitschrift *China aktuell* zumindest bis 1982, vielleicht aber auch bis in die Mitte der 1980er Jahre hinein angehalten hat. Das damals vermit-

²²Vgl. sehr eindrücklich die vier Schaubilder in C.a., Dezember 1982, S.722/723.

²³C.a., Dezember 1982, S.724. Übrigens wurden noch zu dieser Zeit von den taiwanesischen Zeitschriften *Feiqing Yuebao* und *Zhonggong Yanjiu* ausgiebiger Gebrauch gemacht, vgl. *ibid.*, S.732-734.

²⁴C.a., Juni 1979, S.672-696.

²¹C.a., August 1982, S.494.

telte China-Bild dürfte damit – ohne dies vielleicht bewusst zu beabsichtigen – um einiges skeptischer ausgefallen sein als jenes mehr oder weniger euphorische China-Bild, das bereits seit 1979 in westdeutschen Wirtschaftskreisen vorgeherrscht zu haben scheint. (Wie manchen vielleicht erinnerlich, hatte sich Volkswagen schon zu Anfang der 1980er Jahre mit umfänglichen Investitionsplänen als Pionier auf den chinesischen Markt vorgewagt.)²⁵

Dieser Unterschied in der Wahrnehmung Chinas dürfte sich daraus erklären, dass westliche Wirtschaftsvertreter in erster Linie auf die Öffnungspolitik im Außenwirtschaftsbereich blickten, wo die Volksrepublik mit der Schaffung mehrerer Sonderwirtschaftszonen und der Verabschiedung des Joint-Venture-Gesetzes schon 1979 in der Tat deutliche Signale gesetzt hatte. Eine Beschäftigung mit dem gegenwärtigen China in der Gesamtheit politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse, wie es sich *China aktuell* zur Aufgabe gemacht hat, führte in dieser Phase zu einer verhalteneren Einschätzung. Abgesehen von der außenwirtschaftlichen Öffnung und einigen Liberalisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft besaß der Reformkurs damals kaum eine eigene Gestalt, die erst mit der Ausweitung der Reformen auf die Städte Mitte der 1980er Jahre erhielt. Eine marktwirtschaftliche Eigendynamik zeichnete sich damals noch nicht ab, vielmehr hatte man nach 1979 wiederholt zu Rezentralisierungsmaßnahmen in der städtischen Wirtschaft gegriffen. Hinzu kamen, wie bereits dargestellt, die zahlreichen führungsinternen Konflikte, die einen Abbruch der Reformen offenbar jederzeit möglich erscheinen ließen. Überspitzt könnte man folgern, dass die differenzierte Beschäftigung, fast möchte man sagen, die psychologische Tiefenanalyse der partei- und wirtschaftspolitischen Interna jener Zeit, welche durch die verbesserte Quellenlage erst möglich geworden war, ursächlich für den anhaltend skeptischen Blick war. Ein hoffnungsvolleres Bild entstand dagegen, wenn man von außen auf China blickte und die parteiinternen Konflikte ignorierte.

1992: Routine im Zeichen eines neuen Aufbruchs

Nach einem weiteren Dekadensprung befinden wir uns im Jahr 1992. Dem Jahr 1982 ist es insofern vergleichbar, als auch 1992 eine Krisenphase im Rücken stand, die man versuchte, hinter sich zu lassen. Die Last des Jahres 1989, als die gewaltsame Niederschlagung der Protestbewegung am 4. Juni das Land in eine tiefe innen- und außenpolitische Legitimitätskrise riss, lag noch deutlich spürbar auf den Schultern. Dazu kam, mit wohl noch gravierenderen Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Kommunistischen Partei, der Kollaps der sozialistischen Systeme in Osteuropa und zuletzt der Sowjetunion selbst, an der man sich über Jahrzehnte hinweg gemessen hatte. Damit war der Druck erheblich gewachsen, eine „Überlebensstrategie“ zu finden, die das Vertrauen der eigenen Bevölkerung und der internationalen Staatengemeinschaft stärken und

einen Verfall der Ein-Partei-Herrschaft verhindern könnte. Das Jahr 1992 war in China der Formulierung einer solchen Strategie gewidmet, die im Wesentlichen auf den greisen Deng Xiaoping zurückging.

Entsprechend galt es im westlichen Ausland, in den undurchsichtigen Gewässern chinesischer Parteipolitik die Koordinaten des neuen chinesischen Kurses zu bestimmen, um für einen neuen Aufbruch in den seit 1989 ausgesetzten Beziehungen zur Volksrepublik mit ihrem vielversprechenden Markt gewappnet zu sein. Dies galt insbesondere auch für das inzwischen vereinigte Deutschland. Obwohl die im Jahr 1989 selbstauferlegten Beschränkungen der deutschen Chinapolitik in der Praxis weitgehend gelockert worden waren, ließ die Entspannung im deutsch-chinesischen Verhältnis, die in deutschen Wirtschaftskreisen ungeduldig erwartet wurde, im Lauf des Jahres 1991 noch auf sich warten. Die Bundesregierung verharrte gegenüber Beijing in einer zurückhaltenden Lauerstellung, indem sie einerseits fortgesetzt Rücksicht auf die öffentlichen Bedenken hinsichtlich der Menschenrechtssituation in China nahm, andererseits vorsichtige Signale für eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit aussandte und auf eine positive Erwidmung aus China harnte, die jedoch lange ausblieb.²⁶

In dieser Situation gespannter Erwartung unternahm zum Jahresanfang 1992 Deng Xiaoping, der damals keine formellen Ämter mehr innehatte und seit einem Jahr nicht mehr in der Öffentlichkeit aufgetreten war, seine inzwischen berühmte „Reise in den Süden“ (*Nanxun*). Wie man heute zurückblickend interpretiert, markierte diese Reise, auf der Deng „mehr Mut zu Reform und Öffnung“ forderte und eindringlich vor gefährlichen „Linkstendenzen“ in der Parteipolitik warnte, den Beginn einer neuen Reformoffensive in China. Zu jener Zeit jedoch zeichnete sich die Bedeutung dieses Schritts keineswegs so eindeutig ab, zumal die in China selbst sehr kontroverse Unternehmung Deng Xiaopings geschickt als „Privatreise“ getarnt und entsprechend erst mit großer Verspätung in den offiziellen Organen der Volksrepublik thematisiert wurde. Umso mehr war es das Verdienst westlicher China-Analysten, die Signifikanz dieses Ereignisses herauszuarbeiten, angesichts der intransparenten Situation keine einfache Aufgabe.

In der Zeitschrift *China aktuell* machten sich die analytischen Anstrengungen, die mit dem politischen „Rätselraten“ dieses Jahres verbunden waren, quantitativ etwa darin bemerkbar, dass die durchschnittliche Seitenzahl der Monatshefte, die im Jahr 1991 wie zu Anfang der 1980er Jahre noch bei rund 65 Seiten gelegen hatte, im Jahr 1992 auf rund 80 Seiten angestiegen war. Aber auch qualitativ verfolgte die Zeitschrift die damaligen Ereignisse durchaus mit instinktiver Sorgfalt. Peter Schier, damals für das Ressort Innenpolitik der Zeitschrift *China aktuell* zuständig, machte auf die große Bedeutung von Deng Xiaopings „privater“ Reise bereits Ende Januar 1992 aufmerksam, als Deng noch in Südchina unterwegs war. Den Auftritt-

²⁵Vgl. Posth, Martin, „The Automobile Sector“, in: Holbig, Heike, Ash, Robert (Hrsg.), *China's Accession to the World Trade Organization. National and International Perspectives*, London: RoutledgeCurzon, 2002, S.75-99.

²⁶Vgl. die ausführliche Darstellung der deutschen Chinapolitik in jenen Jahren in Neßhöver, Christian, *Die Chinapolitik Deutschlands und Frankreichs zwischen Außenwirtschaftsförderung und Menschenrechtsorientierung (1989 bis 1997). Auf der Suche nach Balance* (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde, Nr.302), Hamburg, 1999, S.114-118.

CHINA aktuell

ten und Äußerungen Dengs in den beiden südchinesischen Sonderwirtschaftszonen Shenzhen und Zhuhai vom 19. bis 29. Januar waren gleich mehrere Übersichtsartikel gewidmet. In einem von diesen urteilte Schier:

Deng Xiaoping hatte im Frühjahr 1978 zum ersten Mal eine „Befreiung des Denkens“ (*jiefang sixiang*) gefordert und damit ideologisch den Boden bereitet für die 3. Plenartagung des XI. ZK der KPCh, die im Dezember 1978 parteioffiziell vom maoistischen Entwicklungskonzept abrückte und privat- und marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen einleitete. Offensichtlich will Deng mit seiner neuerlichen Forderung nach einer „Befreiung des Denkens“ einen weiteren Reformschub und die Entmachtung seiner konservativ-orthodoxen Widersacher einleiten. Gelänge dies in den kommenden Monaten, dann könnte der für das letzte Vierteljahr vorgesehene XIV. Nationale Parteitag der KPCh von ähnlicher historischer Bedeutung sein wie die oben erwähnte 3. Plenartagung [vom Dezember 1978].²⁷

Dieser ersten, wie man heute weiß, zutreffenden Einschätzung folgten in den nachfolgenden Monaten zunehmend detaillierte Analysen der parteiinternen Debatten über Deng Xiaopings Reformoffensive. Bei der Analyse der politischen Tragweite des Kurswechsels, die gewissermaßen Schicht für Schicht erfolgte, bestätigte sich der nach wie vor unschätzbare Wert der Hongkonger Politpresse, allen voran *Zhengming*, *Jiushi Niandai* (vormals *Qishi Niandai*), *Mingbao*, *Mingbao Yuekan*, *Jingbao* etc. Wenn diese Zeitschriften bei manchen China-Beobachtern auch als unseriös galten, erwies sich ihre China-Berichterstattung gerade in diesen Jahren oft als kritisch und scharfsichtig, was im Vorfeld der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik sicher auch mit dem Selbstverständnis der Medien als „Hüter der demokratischen Freiheiten“ zu tun hatte. Darüber hinaus aber kam der Hongkonger Presse Anfang 1992 eine noch speziellere Funktion zu. Wie nachträglich bekannt geworden ist, hatten damals reformfreundliche Kreise in China die Hongkonger Medien ganz gezielt genutzt, um die von Deng intendierte Botschaft an die internationale Öffentlichkeit und vor allem auch in die chinesischen Parteikreise hineinzutragen. So wurde die Hongkonger Tageszeitung *Mingbao* über den Besuch Deng Xiaopings in Shenzhen vorinformiert und den eilends angereisten Hongkonger Journalisten privilegierter Zugang zu den verschiedenen Auftritten Dengs in der Sonderwirtschaftszone gewährt.²⁸

Für westliche China-Watcher galt es also, die in der Hongkonger Presse lancierten Nachrichten als solche zu erkennen und im Kontext der damaligen parteiinternen Konflikte sowie im systematischen Vergleich mit der innerchinesischen Berichterstattung zu interpretieren, eine analytische Aufgabe, die in *China aktuell* damals mit sichtlicher Routine geleistet wurde. Auf der Grundlage der in Hamburg aktuell verfügbaren Hongkonger Quellen identifizierte Peter Schier im Februar erste indirekte Hinweise auf Deng Xiaopings Äußerungen in verschiedenen randständigen Organen der chinesischen Presse und schließlich auch in der *Volkszeitung*, dem offiziellen Par-

teiorgan, selbst. Ein ausführlicher Bericht über die Reise Dengs fand sich in diesem Organ erst Ende März, und dann auch nur in Form des Abdrucks einer Sonderausgabe der *Zeitung der Sonderzone Shenzhen*, die wenige Tage zuvor erschienen war. Mit routiniertem Blick nicht nur für die Textinhalte, sondern auch für das, was in den Texten nicht enthalten ist, wies Schier unter anderem darauf hin, dass die berüchtigte Warnung Deng Xiaopings vor Linkstendenzen in der Partei in dem *Volkszeitungs*-Artikel keine Erwähnung fand, für ihn ein weiteres Indiz in der Analyse der damaligen parteiinternen Auseinandersetzungen.²⁹ Wie Schier ebenfalls bemerkte, war abweichend von der üblichen Praxis in den Medien, die seit 1989 Politbürotreffen nicht mehr erwähnt hatten, im März über eine Sitzung des Politbüros in der *Volkszeitung* ausführlich berichtet worden – Umstände, die auf eine tiefe Kluft in den Reihen der Parteispitze schließen ließen, in der Deng Xiaoping aber offenbar bereits Mitte März die Oberhand gewonnen hatte.³⁰

Im April und Mai folgte unter dem Titel „Deng Xiaopings letzte Entscheidungsschlacht um Chinas Zukunft“ eine zweiteilige Themenserie, die sich eingehend den machtpolitischen Motiven, Taktiken, Reaktionen und Widerständen der verschiedenen Gruppierungen innerhalb der KPCh widmete. Wiederum auf der Grundlage Hongkonger Quellen stellte derselbe Autor den strategischen Kontext der Bemühungen Deng Xiaopings dar, der seit 1990 wiederholt vergeblich versucht hatte, die Reformgegner in den Reihen der Partei abzusetzen – ein Machtkampf, der den damaligen chinesischen Medien in keiner Weise zu entnehmen war, aber auch in der internationalen Presse nicht in solcher Konsequenz reflektiert wurde.³¹ Den klaren Ausgang dieser „Entscheidungsschlacht“ zugunsten der Position Deng Xiaopings brachte schließlich der XIV. Parteitag der KPCh im Oktober 1992, auf dem unter anderem dessen „Theorie vom Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung“ und das Postulat der Errichtung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ verbindlichen Eingang in das parteipolitische *Imaginaire* fanden. In wiederum prompter Urteilsschärfe folgerte Schier, diesmal in einer deutlich optimistischeren Tonart als zehn Jahre zuvor:

Westliche Beobachter bezweifeln immer wieder, daß das politische System des Sozialismus, d.h. das politische Machtmonopol der Kommunistischen Partei, mit der kapitalistischen Marktwirtschaft erfolgreich verbunden werden kann. [...] Das konservative Reformkonzept Dengs [jedoch] scheint dem chinesischen Volkscharakter und dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Landes relativ gut angepaßt (wobei die eklatanten Defizite in der Umwelt- und Bildungspolitik und ihre katastrophalen langfristigen Folgen nicht übersehen werden dürfen). Die Chancen, daß sich China mit Hilfe dieses Entwicklungsmodells im Verlauf der nächsten 50 Jahre zu einer wirtschaftlichen und militärischen Weltmacht entwickeln kann, scheinen relativ günstig.³²

Der hier so ausführlich dargestellte analytische Umgang mit den innenpolitischen Ereignissen im Umkreis

²⁷C.a., Januar 1992, Ü 4, S.6.

²⁸So zu entnehmen aus: Studwell, Joe, *The China Dream. The Elusive Quest for the Greatest Untapped Market on Earth*, London: Profile Books, 2002, S.57.

²⁹C.a., März 1992, Ü 7, S.146.

³⁰C.a., März 1992, Ü 8, S.146.

³¹C.a., März 1992, S.228-235; April 1992, S.305-309.

³²C.a., Oktober 1992, S.708-713, hier S.713.

von Deng Xiaopings „Reise in den Süden“ will die zahlreichen anderen interessanten Facetten des chinesischen Transformationsprozesses keineswegs gering achten, die im Jahr 1992 ebenfalls ausführlich in der Zeitschrift *China aktuell* behandelt wurden, sei es der junge chinesische Wertpapiermarkt (Margot Schüller),³³ die Karriere des „großchinesischen Wirtschaftsraums“ innerhalb der asiatischen Region (Yu-hi Nieh),³⁴ die wachsenden Unabhängigkeitsbestrebungen im zentralasiatischen Teil der Volksrepublik (Thomas Hoppe),³⁵ orthodoxe Tendenzen in der Kulturpolitik (Brunhild Staiger)³⁶ oder die Bedeutung traditioneller Elemente in der politischen Kultur des gegenwärtigen China (Oskar Weggel).³⁷ Ungeachtet der thematischen Reichhaltigkeit dieser und anderer Beiträge aber wurde hier die Berichterstattung über Dengs „Reise in den Süden“ in *China aktuell* vor allem deshalb in den Mittelpunkt gestellt, weil sie zweierlei verdeutlicht.

Zum einen veranschaulicht sie, welche Routine sich mittlerweile im Umgang mit dem Quellenkorpus etabliert hatte, der sich seit den frühen 1980er Jahren, abgesehen von einigen zusätzlichen chinesischen und englischen Fachpublikationen, nicht erheblich erweitert hatte. Im Laufe der Jahre hatte die kontinuierliche Analyse komplexer politischer Prozesse und anderer aktueller Ereignisse damit eine beträchtliche Tiefenschärfe und Treffsicherheit gewonnen. Insbesondere zeigte sich an diesem Beispiel auch, wie wichtig es nach wie vor war, die offiziellen chinesischen Quellen mit Berichten aus Hongkong und anderen internationalen Stimmen abzugleichen. An dieser analytischen Grundtechnik, die auf den ersten Blick aussagearmen chinesischen Texte gewissermaßen „gegen den Strich zu bürsten“, hat sich bis heute wenig geändert.

Zum anderen verdeutlicht die Berichterstattung in *China aktuell* im Jahr 1992 – und dies hängt mit der analytischen Routine eng zusammen –, dass die Techniken einer kritischen und differenzierten Analyse der aktuellen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen nicht zwangsläufig zu einer skeptischen Einschätzung der chinesischen Realität führten, wie dies die Darstellung des Jahres 1982 vielleicht nahe gelegt haben mag. Zumindest während des ersten Quartals des Jahres 1992 war das hier transportierte Chinabild um einiges positiver bezüglich der Zukunftsaussichten chinesischer Reformen als das Chinabild der allgemeinen deutschen Öffentlichkeit und der Vertreter von Bundestag und Bundesregierung, das noch immer unter dem stark negativen Eindruck von 1989 stand.

In der deutschen Chinapolitik erfolgte der „Befreiungsschlag“ erst im Frühsommer 1992, dann allerdings in lang verhaltener, nun wiederum ungebremster Euphorie: Im Juni 1992 votierte der Bundestag für eine endgültige Aufhebung der 1989 gegenüber China eingesetzten Wirtschaftssanktionen, nachdem Bundeskanzler Kohl persönlich die Initiative für eine Verbesserung der deutsch-chinesischen Beziehungen ergriffen hatte. Bezeichnend dabei war, dass die Abgeordneten ihre Entscheidung mit

der Notwendigkeit begründeten, den nun von Deng Xiaoping erneut angestoßenen chinesischen Reformprozess zu unterstützen. Der Dialog über Menschenrechte, so wurde nun argumentiert, müsse mit Anreizen für eine weitere wirtschaftliche Öffnung verbunden werden. Im Sinne der zweckoptimistischen Formel „Wandel durch Handel“, so hieß es nun, würde eine Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit auch ohne laute Kritik zu einer allmählichen gesellschaftlichen Liberalisierung und damit auch einer Verbesserung der Menschenrechtslage in China beitragen. Das „Asienkonzept der Bundesregierung“ vom Herbst 1993, das sich in erster Linie auf die wirtschaftlichen Beziehungen zur Volksrepublik bezog, kann als Ausdruck der neuerlichen China-Euphorie verstanden werden, die sich, wenn auch mit einiger Verzögerung in der Wahrnehmung, an Deng Xiaopings „Reise in den Süden“ entzündet hatte.

2002: Informationsrevolution als Gewinn oder Bürde?

Ein letzter Dekadensprung bringt uns nun schließlich in die Gegenwart des Jahres 2002. Gegenüber den 1980er und 1990er Jahren hat sich die Arbeit der Zeitschrift *China aktuell* insofern grundlegend gewandelt, als die monatliche Analyse und Berichterstattung nicht mehr auf einem mehr oder weniger fest umrissenen Korpus täglich, wöchentlich oder monatlich erhältlicher Printprodukte beruht, sondern als durch die Internet-Technologie nunmehr neue Informationen in bislang nicht gekannten Dimensionen bereitstehen bzw. der Bewältigung harren. Rein äußerlich lässt sich dieser Wandel etwa darin erkennen, dass der durchschnittliche Umfang der Monatshefte dank der schier Masse an verfügbaren Informationen vor knapp fünf Jahren die magische Schwelle von hundert Seiten überschritten hat – inzwischen liegt er bei rund 110 Seiten pro Heft.³⁸ Was verbirgt sich hinter diesen Quantitäten? Stellt das Internet eine Bereicherung oder aber eine neue Bürde für die aktuelle China-Analyse dar?

Grundsätzlich lassen sich verschiedene über das Internet zugängliche Informationstypen unterscheiden, die in den vergangenen Jahren für die China-Analyse relevant geworden sind:

Zunächst macht sich die schnelle Verfügbarkeit aktueller Daten, Dokumente und Analysen für die wissenschaftliche Arbeit sehr positiv bemerkbar. In Bezug auf China sind es vor allem Studien zu hochaktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen, die vormals nicht in solcher Breite und Geschwindigkeit recherchierbar waren. Als hervorragend recherchiert und qualitativ besonders hochwertig stellen sich immer wieder Berichte und Analysen verschiedener internationaler Nichtregierungsorganisationen heraus, die sich entweder – wie etwa einige Menschenrechtsgruppen – gezielt mit der Volksrepublik befassen oder aus der Perspektive eines bestimm-

³³C.a., März 1992, S.163-172.

³⁴C.a., Juli 1992, S.474-476; August 1992, S.556-558.

³⁵C.a., Juni 1992, S.358-365.

³⁶C.a., Mai 1992, S.301-304.

³⁷Hier handelt es sich um eine 14-teilige Serie in C.a., April 1992 – August 1993.

³⁸Die Hälfte der Seiten ist freilich den seit 1993 einheitlich gestalteten *China Monthly Data* gewidmet, die als englischsprachiger Service des Instituts für Asienkunde monatlich aktualisierte Daten zu personellen und organisatorischen Veränderungen parteistaatlicher Organe, sozioökonomische Statistiken sowie Bibliographien aktuell erscheinender Artikel zur Volksrepublik, Taiwan, Hongkong und Macau systematisch zusammentragen.

ten Interessenfeldes wie Umweltschutz, Schutz von Arbeiterinteressen, Migration oder Sicherheitspolitik bestimmte Probleme thematisieren. So sind, um nur ein Beispiel zu nennen, der Drei-Schluchten-Staudamm am Yangtse und die mit dessen Bau verbundenen sozialen und ökologischen Folgen Gegenstand ausführlicher Analysen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen weltweit. Wenn manche dieser Analysen auch offline verfügbar wären, so doch nicht in dieser Schnelligkeit und Recherchefreundlichkeit. Ein anderer, wachsender Teil der Materialien ist inzwischen nur noch online verfügbar. Freilich entstehen durch diesen schnelleren „Durchfluss“ von Informationen auch neue Probleme, etwa Fragen des Umgangs mit geistigem Eigentum oder auch ganz praktische Fragen der korrekten Zitation. Wie ist etwa mit Dokumenten zu verfahren, die heute im Internet stehen; schon übermorgen aber vielleicht dort nicht mehr aufzufinden sind? Hier schleifen sich erst nach und nach verbindliche Praktiken ein.

Dazu kommen die dramatisch verbesserten Möglichkeiten, über das Internet mit bereits bekannten oder noch unbekanntenen Personen weltweit unkompliziert in Kontakt zu treten. Ob dies Autoren wichtiger Publikationen sind, bei denen man Detailinformationen erbitten, Herausgeber von online-Publikationen, die man um Auskunft über Hintergründe bestimmter Artikel befragen, oder Wissenschaftlerkollegen in Deutschland, Australien oder China, die man um die aktuelle Einschätzung einer bestimmten Fragestellung oder die Zusendung eines jüngsten Konferenzpapiers bitten kann – die Vorteile des so ermöglichten schnellen und informativen fachlichen Austausches liegen auf der Hand.

Ein für die China-Analyse zunehmend wertvoller Informationstypus sind schließlich Internetinformationen aus der Volksrepublik selbst. Im Zuge einer strategisch angelegten Initiative der chinesischen Regierung nahm die Verbreitung des Internets hier etwa 1997 ihren Anfang und hat sich seither sprunghaft entwickelt. Von einem qualitativen Zugewinn der dort verfügbaren Informationen für die wissenschaftliche Analyse aktueller Entwicklungen in China kann man allerdings erst in den letzten ein bis zwei Jahren sprechen. Das Internet wird klar von offiziellen oder offiziell kontrollierten Informationen dominiert. Während dies in den ersten Jahren vor allem zu einer erheblichen Redundanz inhaltsarmer Texte geführt hat, scheint sich auf offizieller Seite inzwischen die Einsicht durchzusetzen, dass den Nutzern qualitativer Mehrwert geboten werden muss, wenn die Abwanderung auf andere Seiten verhindert werden soll. Im Zuge dieses Prozesses bietet inzwischen etwa die Website der Zentralregierung „*Zhengfu shangwang*“ („Government online“) äußerst detaillierte und aktuelle Daten, die für die Analyse politischer und sozialer Entwicklungen auf nationaler und Provinzebene sehr gewinnbringend sind.³⁹ Ein weiteres Beispiel ist eine jüngst eröffnete Website zur Taiwan-Frage, die unter anderem detaillierte Angaben zur militärischen Ausrüstung auf beiden Seiten der Taiwan-Straße liefert.⁴⁰ Zunehmend aufschlussreich sind auch die vielbesuchten Diskussionsforen im chinesischen Internet, die oft ebenfalls von offiziellen Trägern wie etwa „*Ren-*

min wang“ („People's Net“) zu vielen gesellschaftlichen und kulturellen, aber auch zu politischen Themen organisiert werden. Die grundsätzlich weiterhin funktionsfähige Inhaltskontrolle solcher Foren durch parteistaatliche Instanzen, Internetbetreiber oder durch die Selbstzensur der Diskussionsteilnehmer verhindert nicht, dass dort äußerst interessante Einblicke in aktuelle Themenstellungen, Debatten, Überzeugungen und Identitäten gegeben werden.⁴¹

Neben diesen durchaus positiven Effekten für die analytische Qualität aktueller China-Berichterstattung hat die Informationsflut allerdings auch ihre Schattenseiten. So ist der Aufwand allein für die Sichtung der immer weiter anwachsenden Informationsmengen in den vergangenen Jahren enorm gewachsen. Um überhaupt nur zu erfassen, was sich an eventuell berichtswürdigen Ereignissen und Entwicklungen ergeben hat, sind inzwischen von jedem Mitarbeiter von *China aktuell* im Monat schätzungsweise rund eintausend Meldungen jeder Art, zwischen wenigen Zeilen und mehreren Dutzend Seiten lang, zur Kenntnis zu nehmen, zu besonderen Anlässen können es noch mehr sein. Die Situation der frühen Jahre der Zeitschrift, als die in Hamburg bezogenen äußerst seltenen Materialien zu China den Mitarbeitern beinahe ein Informationsmonopol verliehen und breiten Raum für die sorgfältige Aufarbeitung der Informationen gaben, hat sich heute jedenfalls umgekehrt. Angesichts der rapide anwachsenden, diffus verbreiteten Informationsmengen über China ist es heute vor allem die qualifizierte Filterung, das Ordnen, Herausschälen und Gewichten der wesentlichen Informationen über aktuelle Entwicklungen in dem Land, die neben der analytischen Reflexion, die freilich ein wichtiges Anliegen geblieben ist, den Mehrwert der Zeitschrift ausmachen.

Problematisch erscheint dabei vor allem, dass ein großer Teil der Meldungen offensichtlich durch mehr oder weniger akkurates Abschreiben aus anderen Meldungen zustandekommt, oft ohne freilich die Quellen in irgendeiner Weise explizit zu machen. So sind teilweise ganze Bündel von Meldungen zu einem Thema zu bewältigen, die sich abgesehen von abweichenden Titeln, Erzählstrukturen und vorschnellen Bewertungen in ihrem eigentlichen Informationsgehalt nicht unterscheiden. Die Berichterstattung über den Brand in einem Beijinger Internet-Café im Juni dieses Jahres, die sich über Wochen hinweg im Wesentlichen aus einer einzigen Meldung gespeist hat, ist nur eines von zahlreichen jüngeren Beispielen.⁴² Wenn dieses Phänomen auch schon lange existiert, so scheint es vor dem Hintergrund der Unüberschaubarkeit und der laxen Zitationspraktiken im Internet doch erheblich größere Ausmaße angenommen zu haben.

Ein spezifisches Problem ergibt sich ferner aus der restriktiven Medienpolitik der Volksrepublik China, die nach wie vor bestimmte sensitive Themen vollständig aus der öffentlich zugänglichen Berichterstattung ausblendet. So ist bezüglich parteipolitischer Interna, sozialer Missstände und Unruhen eine ungefilterte Menge von In-

³⁹www.gov.cn.

⁴⁰www.vos666.net, vgl. die Übersicht in der Rubrik „Außenpolitik“ in diesem Heft.

⁴²C.a., Juni 2002, Ü 15, S.616/617; Informationen von Karsten Giese.

formationen aus internationalen Internetquellen über China erhältlich, die aufgrund einer systematischen Unterdrückung von Nachrichten in der Volksrepublik einer gähnenden Leere an Informationen aus China gegenübersteht. Eine Rekonstruktion realer Begebenheiten in bestimmten Teilbereichen des politischen und gesellschaftlichen Lebens ist unter diesen Umständen oft sehr schwierig, wenn nicht unmöglich.

Als ein Beispiel für die Intransparenz und die diffusen Wechselwirkungen zwischen in- und ausländischen Informationen mögen die groß angelegten Arbeiterunruhen dienen, die sich im Frühjahr dieses Jahres in Nordostchina ereignet haben. Vor dem Hintergrund der Unternehmensreformen und der erwarteten sozialen Verwerfungen im Gefolge des Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation wird das Thema international mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. In mehreren Provinzen Nordostchinas sollen sich im März 2002 zeitweilig bis zu 50.000 Arbeiter den von Gewerkschaftsaktivisten organisierten Protesten angeschlossen haben. Auch soll es erstmals zu einer Vernetzung zwischen Aktivisten in verschiedenen Regionen des Landes gekommen sein – für die chinesische Regierung, die mit der Verhaftung mehrerer Arbeiterführer reagierte, ein in der Tat alarmierendes Zeichen. Nun wurde, wie auch früher schon, in den chinesischen Medien über die Arbeiterunruhen in keiner Weise berichtet. Stattdessen wurden erste Meldungen durch Gewerkschafts- und Menschenrechtsaktivisten in Hongkong bekannt, die aus erster Hand informiert worden waren. Auf deren im Internet verbreitete Berichte hin reisten in China stationierte Korrespondenten internationaler Presseorgane umgehend nach Nordostchina, um vor Ort zu recherchieren, sodass bereits kurze Zeit später der englischsprachigen Presse verschiedene Augenzeugenberichte über die Proteste zu entnehmen waren.

Diese Berichte wiederum lösten im Internet geradezu eine Lawine von Meldungen zu diesem Thema aus, die sich in den kommenden Wochen verselbständigte. Internationale Gewerkschaftsorganisationen, darunter auch die International Labour Organization (ILO) wurden aktiv, einerseits mit ausführlichen Hintergrundanalysen, die die Arbeiterunruhen in einen größeren soziopolitischen Kontext stellten, andererseits mit eindringlichen Appellen an die chinesische Regierung, die verhafteten Arbeiterführer freizulassen und freie Gewerkschaftsaktivitäten zuzulassen. Wenn diese Appelle an die offiziellen Adressen auch verhallt sein dürften, so ist doch davon auszugehen, dass die intensive internationale Internet-Diskussion während einer gewissen Phase auf China zurückgewirkt und dort in einem nicht unwesentlichen Maße zur überregionalen Vernetzung und Mobilisierung von Arbeiteraktivisten beigetragen hat.⁴³ Allerdings war zugleich festzustellen, dass die Internet-Meldungen über die Arbeiterproteste inhaltlich zunehmend ausdünnten und immer weniger durch aktuelle Nachrichten über die Ereignisse „am Boden“ unterfüttert wurden, da die chinesischen Behörden inzwischen eine hermetische Nachrichtensperre über die Region verhängt hatten. So fiel nach Ablauf von etwa zwei Monaten die Lawine der internationalen Diskussion gewissermaßen in sich zusammen. Ab Mai waren keine substanziellen In-

formationen über die weitere Entwicklung der Situation in Nordostchina mehr erhältlich, sodass eine kontinuierliche Verfolgung der Nachgeschichte dieser politisch und gesellschaftlich so signifikanten Ereignisse nicht mehr möglich war. Nachdem sich unvermittelt ein Fenster auf die angespannte soziale Lage in China geöffnet hatte, schloss es sich nun ebenso unvermittelt wieder.

Dieses Beispiel zeigt einerseits, wie wichtig die im Internet aktuell erhältlichen Berichte aus Hongkong und internationalen Quellen nach wie vor sind, um über sensitive Themenbereiche, die in der chinesischen Presse vollständig ausgeblendet werden, überhaupt Informationen zu erhalten. Leider, so ist in diesem Zusammenhang anzumerken, ist die Pressefreiheit in Hongkong seit der Rückgabe der britischen Kronkolonie an die Volksrepublik im Jahr 1997 graduell ausgehöhlt worden. Insbesondere im Verlauf der vergangenen Jahre hat der kritische Gehalt der Hongkonger Medien in der Berichterstattung über sensitive Themen in China spürbar nachgelassen, ein Prozess, der auf eine in allen gesellschaftlichen Kreisen Hongkongs wachsende Rücksichtnahme auf die Empfindlichkeiten Beijings zurückzuführen ist.⁴⁴ Andererseits verdeutlicht das hier aufgezeigte Beispiel der Arbeiterunruhen aber auch, in welchem hohem Grad die Berichterstattung über aktuelle Ereignisse in China von den verfügbaren Internet-Diskursen abhängig ist, die sich in bestimmten Phasen durch die konzentrierte Belichtung ganz bestimmter Realitätsausschnitte verselbstständigen können, um einige Zeit später den Blick wieder abzuwenden. Die Informationsrevolution bestätigt damit in eindrucklicher Weise das alte Diktum *The medium is the message*. Die kurzfristigen „Moden“ in der internationalen Berichterstattung und die Defizite in der chinesischen Informationspolitik können nur durch eine kontinuierliche Verfolgung übergreifender Trends in der längeren Frist aufgewogen werden, wie sie in *China aktuell* stattfindet.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit mag abschließend veranschaulichen, dass die Informationsrevolution keineswegs immer mit einem Erkenntnisgewinn einhergeht. So laufen seit langem intensive Vorbereitungen auf den inzwischen für November 2002 anberaumten XVI. Parteitag der KPCh, der den Beginn eines umfassenden Nachfolgeprozesses in den höchsten politischen Ämtern markieren wird. Zwar wird seit über einem Jahr der 59-jährige Hu Jintao als Nachfolger des 76-jährigen Staats- und Parteichefs Jiang Zemin gehandelt, doch ist bislang keineswegs klar, ob Jiang Zemin seine Ämter tatsächlich pünktlich abgeben wird. Eine derartige Unsicherheit bezüglich der Nachfolge in den höchsten politischen Ämtern bis zur letzten Minute ist keineswegs ungewöhnlich, sondern hat in der volksrepublikanischen Geschichte gewissermaßen den Charakter eines „politischen Naturgesetzes“. Während sich aber die üblichen Gerüchte über parteiinterne Nachfolgekonflikte in der Vergangenheit im Wesentlichen auf die Hongkonger Politpresse (die keineswegs immer falsch lag!) beschränkte, die man zur Kenntnis nehmen konnte oder auch nicht, haben diesmal die durch das Internet weit verbreiteten Spekulationen eine beträchtliche Eigendynamik entfaltet, die in der interna-

⁴⁴Holbig, Heike, „Fünf Jahre Hongkong in der VR China. Die Grenzen verschwimmen“, in: C.a., Juni 2002, S.635-645, hier bes. S.636-638.

⁴³C.a., März 2002, Ü 11, S.241-244; April 2002, Ü 13, S.375-377.

tionalen Öffentlichkeit zu einer nachhaltigen Verunsicherung und in den letzten Wochen sogar zu einem gewissen Verlust des Vertrauens in die chinesische Führung geführt haben. So urteilte etwa Mitte August ein Diplomat in Beijing angesichts der anhaltenden Ungewissheit in der Frage der Nachfolge Jiang Zemin:

In some ways it is best to ignore all the speculation [...] But you reach a point where people, important people with serious investments here, start to think 'What is going on? What is the potential downside here?'⁴⁵

Oder, wie der langjährige China-Watcher Willy Wo-Lap Lam in dieser Frage jüngst in einem US-amerikanischen Online-Journal urteilte: „The damage has already be done.“⁴⁶ Zwar wird man, so lässt sich die missliche Situation auf den Punkt bringen, aus den im Internet transportierten Meldungen über die Nachfolge-Wirrnisse keineswegs „klüger“, doch kann man sie aufgrund ihrer schieren Allgegenwart nicht länger ignorieren.

Eine kontinuierliche Analyse politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen in ihrer Breite, wie sie in *China aktuell* angestrebt wird, ist daher durch die wachsende Informationsflut in den vergangenen Jahre nicht unbedingt erleichtert worden. Solange die restriktive Informationspolitik der Volksrepublik China anhält, wird die aktuelle Berichterstattung über das Land eine äußerst herausfordernde Aufgabe bleiben.

Fragt man sich zuletzt, welches Chinabild nun eigentlich durch die Zeitschrift *China aktuell* transportiert wird, so lässt sich diese Frage, zumal aus der geringen zeitlichen Distanz, nicht pauschal beantworten. Trotz der vollständig andersartigen Ausgangssituation hinsichtlich der Quellenlage und der damit verbundenen Arbeitsweisen ist das heute vermittelte Chinabild vielleicht ähnlich zu charakterisieren wie das des Jahres 1972: Zum einen resultiert aus der differenzierten Auseinandersetzung mit zahlreichen politischen, sozialen und ökonomischen Prozessen in China und deren komplexen Wechselwirkungen im Vergleich zu einer vorrangig außenwirtschaftlichen Perspektive auf das Land sicherlich eine kritischere Haltung. Deutlich geworden ist diese Tendenz zur kritisch differenzierenden Vorsicht zuletzt vor allem bezüglich der Folgen des WTO-Beitritts Chinas⁴⁷ oder auch bezüglich der Chancen einer erfolgreichen Realisierung der 1999 von der chinesischen Führung formulierten Entwicklungsstrategie „Aufbau West“. In beiden Fällen erscheinen die in *China aktuell* gegebenen nuancierten Einschätzungen und Prognosen insgesamt verhaltener als die mehr oder weniger euphorischen Erwartungen mancher Vertreter aus deutschen Wirtschafts- oder Regierungskreisen.

Zum anderen wirkt sich die über Monate und Jahre kontinuierliche Erfassung breiter gesellschaftlicher Wandlungsprozesse aber umgekehrt auch dahingehend aus, dass sich ein gewisser grundständiger Optimismus einstellt, was die Tragfähigkeit des chinesischen Transformationsprozesses angeht. Anschaulich ist dies etwa in der Fra-

ge der Menschenrechte, wo das allgemeine Chinabild in der Öffentlichkeit in erster Linie von tagespolitisch dominierten Schnappschüssen auf neuerliche Repressalien und Menschenrechtsverletzungen geprägt ist, die für sich genommen tatsächlich besorgniserregend sind. Demgegenüber erzeugt die Analyse gesellschaftlicher Realitäten in der Volksrepublik über einen längeren Zeithorizont, wie sie der Arbeit an *China aktuell* zugrunde liegt, ein wesentlich dichteres Bild des sozialen Wandels in seiner Breite, sei es in Fragen individueller Entfaltungsmöglichkeiten, der politischen Interessenvertretung in- und außerhalb der Partei, der Bildungspolitik, des sozialen Sicherungssystems oder beschäftigungspolitischer Strategien. So problembeladen diese Bereiche in China auch heute noch sind, geben die längerfristig beobachtbaren Veränderungen im Ganzen doch Grund für einen zurückhaltenden Optimismus.

Dazu kommt, dass die Mitarbeiter des Instituts neben ihrer Arbeit an *China aktuell* heute auch eigene wissenschaftliche Forschungsprojekte zum gegenwärtigen China durchführen. Die eingehende Beschäftigung mit gesellschaftlichen Teilaspekten, aber auch regelmäßige Forschungs- und Konferenzreisen in die Volksrepublik, die damit verbunden sind, ermöglichen es immer wieder, das eigene Chinabild an der Realität zu überprüfen. In gewissem Sinne ist man so durch die kontinuierliche und intensive Auseinandersetzung mit den längerfristigen Trends gesellschaftlichen Wandels zu einem gewissen Grad gegen eine Überbewertung kurzfristiger „Schocks“ gefeit. Dies schließt freilich nicht aus, dass unerwartete Ereignisse die aus den vergangenen Erfahrungen in die Zukunft projizierten Szenarien sprengen.

Sicherlich sollte hier nicht der Eindruck erweckt werden, dass *China aktuell* etwa das programmatisch vereinheitlichte Produkt eines auf eine bestimmte Linie eingeschworenen Autorenkollektivs sei. Vielmehr bildet die Zeitschrift die individuellen Einschätzungen, Arbeitsweisen und Schreibstile der verschiedenen Mitarbeiter ab, die – auch aufgrund des Generationenwechsels – durchaus unterschiedliche persönliche Noten und Schwerpunktsetzungen erkennen lassen. Dennoch lässt sich zusammenfassend vielleicht festhalten, dass trotz der Vielfalt persönlicher Stile und trotz des grundlegenden Wandels von Quellen und Arbeitsweisen in der täglichen China-Analyse die „moderierende“ Rolle der Zeitschrift *China aktuell* über die vergangenen dreißig Jahre hinweg im Wesentlichen konstant geblieben ist. Wie ich anhand dieses Streifzugs durch die verschiedenen Dekaden der Publikationsarbeit zu zeigen versucht habe, präsentierte die Zeitschrift zwischen ungebremster China-Euphorie einerseits und desillusioniertem China-*bashing* andererseits, wie sie sich über die Jahre abwechselten, ein durchaus differenziertes und sorgfältig abgewogenes Chinabild. Den Lesern der Zeitschrift bleibt es freilich zu urteilen, ob diese Balance gelungen ist und im Hinblick auf die Einschätzung zukünftiger Risiken und Chancen der Transformation Chinas weiter gelingen wird.

⁴⁵ „Succession unclear as Beidaihe talks end“, in: SCMP, 19.8.2002.

⁴⁶ Willy Wo-Lap Lam, „Jiang turns back the clock“, in: *China Brief*, vol 2, issue 18 (12.9.2002), via: www.jamestown.org/pubs/view/cwe_002_018_001.htm, Aufruf am 12.9.2002.

⁴⁷ Vgl. etwa den Beitrag von Margot Schüller, „China nach dem WTO-Beitritt“, in: C.a., Februar 2002, S.140-150.